

Antragsbereich Y / **Antrag Y2**

AntragstellerInnen: Landesvorstand
der Jusos Bayern

Empfänger: Kl. Landesparteitag
BayernSPD-Landesgruppe der BTF Lan-
deskonferenz SPD-Bundesvorstand

Y2: Es reicht! Restriktive Migrationspolitik nicht mit uns!

Wir fordern die BayernSPD auf, sich zu ihrer Be-
schlusslage zu bekennen und sich kritisch zum
Vorstoß von Olaf Scholz zu äußern. Auf dem letzten
Landesparteitag im Mai 2023 hat die BayernSPD be-
5 schlossen: "Der Landesparteitag bekräftigt, dass die
BayernSPD mit ihren sozialdemokratischen Grund-
werten für internationale Solidarität und gegen

Abschottungspolitik steht. Sie tritt ein für ein Eu-
10 ropa der Menschen und nicht der Mauern und
Stacheldrähte. Abschiebungsdebatten wecken fal-
sche Erwartungen, lösen aber keine Probleme. Solche
rechten Narrative werden von der BayernSPD weiter-
hin abgelehnt. Die

15 BayernSPD steht auch solidarisch an der Seite der
Seenotrettung und ihrer Organisationen."

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, die
20 Rhetorik des Kanzlers nicht hinzunehmen und die
restriktive Politik im Parlament nicht mitzutragen.
Dies gilt insbesondere für diejenigen, die für sich
den Anspruch erheben, als Juso-Abgeordnete im
Parlament zu sitzen.

25

Wir fordern alle Mitglieder der SPD in Bayern und Deutschland auf, sich unserem Kampf gegen den Rechtsruck in der Gesellschaft und eine Verschärfung der Rhetorik anzuschließen.

30

Für uns ist klar:

35

- Die SPD steht nicht hinter der von Olaf Scholz angeschlagenen Rhetorik. Als internationalistische und sozialistische Bewegung stehen wir auch in unserem öffentlichen Auftreten an der Seite Geflüchteter und stehen klar zu Zuwanderung und Migration.

40

- Abschiebungen und Bezahlkarten – die als Forderungen vor allem aus den Bundesländern kommen – sind nichts als populistische Augenwischerei. Es gibt keinen wissenschaftlichen Beweis für "Pull-Faktoren". All die vorgeschlagenen Maßnahmen werden keinerlei Auswirkungen haben.

45

- Das Aufgreifen rechter Erzählungen hilft einzig und allein den Rechten.

50

- Wer die Lage der Menschen in Deutschland verbessern möchte, darf nicht Minderheiten gegeneinander ausspielen, sondern muss die Verteilungsfrage stellen.

55

- Scholz begibt sich auf einen gefährlichen Pfad des Populismus, weil er weniger Migration verspricht, aber nicht erklärt, wie das erreicht werden kann. Gleichzeitig schlägt er einen Ton an, der Fremdenfeindlichkeit Tür und Tor öffnet. Am Ende profitiert davon nur die AfD.

Rote Linien sind überschritten

Die Ankündigungen von Olaf Scholz in den Me-

dien, dass die Bundesregierung eine restriktive
60 Migrationspolitik einschlagen und durchsetzen will,
überschreiten rote Linien und gehen auch über das
hinaus, was im Koalitionsvertrag aus unserer Sicht
bereits als äußerst kritische Position festgehalten
wurde. Inhalte, die wir über Jahre als Sozialdemo-
65 kratie verteidigt und als Jusos hochgehalten haben,
werden mit Füßen getreten. Rote Linien scheint es
insbesondere in der Rhetorik nicht mehr zu geben.
Menschlichkeit scheint kein Kriterium mehr zu sein.
Gleichzeitig verwendet er eine populistischen Spra-
70 che, zum Beispiel indem er von irregulärer Migration
spricht. Es bleibt aber unklar, was damit gemeint
sein soll, da das Grundrecht auf Asyl sowohl im
Grundgesetz als auch in den Genfer

75 Flüchtlingskonventionem verbrieft ist. Durch diese
Sprache bereitet er Rechtspopulismus weiter das
Feld.

Die Aussage, die Partei stehe hinter diesem politi-
80 schen Kurswechsel, ist falsch. Überall in der SPD gibt
es Menschen, denen insbesondere die Migrations-
politik wichtig ist. Viele Austrittswellen in der SPD
waren bisher das Ergebnis von ausgrenzender Politik
gegenüber Menschen, die zu uns kommen und bei
85 uns leben wollen.

Seit Jahren ist es weithin bekannt, dass das Aufgreifen
von Forderungen und Erzählungen von rechten und
ausländerfeindlichen Gruppierungen nicht dazu bei-
90 trägt, diese Gruppierungen zu schwächen, sondern
dazu, dass diese Gruppierungen gestärkt werden.

Der Zeitpunkt der Ankündigung dieses radikalen Kurswechsels in der Migrationspolitik der SPD erweckt den Anschein, dass die Stimmungsmache rechtsradikaler Parteien wirkt. Es scheint, als würden die Forderungen der gesellschaftlichen Rechten nun von einer sozialdemokratischen Regierung umgesetzt werden.

100

Nationale Abschottung löst kein einziges Problem

Olaf Scholz suggeriert in seinem Interview, dass wir die "Probleme" in der Migrationspolitik durch nationale Maßnahmen lösen können. Diese Idee ist genauso gefährlich wie absurd. Erst kürzlich wurde angekündigt, dass im Rahmen von GEAS der europäische Kurs verschärft wird, darin enthalten sind z.B. Asylverfahren an den EU-Außengrenzen, die Verschärfung des Aufenthaltsrechts und eine weitere Abschottungspolitik. Auch dagegen hat sich die BayernSPD auf ihrem Landesparteitag klar positioniert. Nun legt die

115 Bundesregierung mit nationalen Maßnahmen nach, während die Probleme auf europäischer

Ebene weiterhin nicht gelöst sind - das GEAS-Verfahren befindet sich derzeit weiterhin im Trilog. Vielfach haben Studien belegt, dass es Pull-Effekte nicht gibt. Die in seinem Interview diskutierten Maßnahmen werden niemanden davon abhalten, die oftmals sehr gefährliche Flucht nach Deutschland auf sich zu nehmen. Wer die Anzahl Geflüchteter reduzieren will, muss Fluchtursachen bekämpfen, nicht Geflüchtete. Fluchtursachen werden sich nicht zuletzt

aufgrund der Klimakrise noch deutlich verschärfen.

130 Geflüchtete kommen oftmals traumatisiert in
Deutschland oder anderen Ländern an. Ihr größ-
ter Wunsch: Normalität und ein selbstbestimmtes
Leben. Stattdessen verbringen viele Geflüchtete lange
Zeiten in Sammelunterkünften, dürfen nicht arbeiten
und gesellschaftliche Integration wird ihnen verwehrt.

135

Forderungen nach Sachleistungen, Bezahlkarten
und das "Angebot", gemeinnützige Arbeit ohne
richtigen Lohn bei gleichzeitigem Arbeitsverbot für
reguläre Tätigkeiten zu leisten, widerspricht der
140 Selbstbestimmung und aus unserer Sicht einem
menschenwürdigen Leben in einem Land, in dem
man nach traumatisierender Flucht angekommen ist.

145 Schon jetzt bieten wir den Geflüchteten somit nicht
das, was sie benötigen. Mit den angekündigten Maß-
nahmen entfernen wir uns nur noch weiter von dem,
was als humanitäre Hilfe notwendig wäre.

Abschiebungen stoppen!

150

Auch die viel proklamierten Abschiebungen sind
faktisch nicht durchsetzbar: Selbst wenn

155 Rückführungsabkommen mit anderen Staaten ge-
schlossen werden, gelingen Abschiebungen häufig
nicht. Zwei von drei Abschiebungen scheitern. Die
Gründe sind vielfältig: Neben der Weigerung von Flug-
gesellschaften, gesundheitlichen Problemen und der
Gegenwehr von Betroffenen, liegt es häufig daran,
160 dass sich die aufnehmenden Länder der Abschiebun-

gen verweigern. "Konsequentes Abschieben" oder eine "harte Politik" lösen also keinerlei Probleme. Zusätzlich können nach deutschem Recht "nur" ca. 50.000 Menschen (weniger als zwei Prozent der in
165 Deutschland lebenden Geflüchteten) abgeschoben werden. Selbst wenn es gelänge, alle Menschen, die ausreisepflichtig sind, morgen abzuschieben, würde dies keine signifikante Reduzierung der Zahl Geflüchteter in Deutschland mit sich bringen. Die
170 Rhetorik von Scholz ist also populistisch - sie suggeriert, auf komplexe Probleme eine einfache Lösung zu bieten. Fälle, in welchen die drohende Abschiebung bei Geflüchteten dazu führt, dass sie sich wegen Perspektivlosigkeit das eigene Leben nehmen, sind
175 mehrfach dokumentiert. Rechtlich sichere Abschiebungen werden auch durch Rückführungsabkommen kaum in größerer Zahl möglich sein. Eine signifikante Reduzierung von Menschen, die sich bei uns aufhalten, wird damit nicht erreichbar sein.

180 Für die Betroffenen ist die Abschiebung aber hochproblematisch: Immer wieder gibt es Berichte über Selbstmorde von Menschen, denen eine konkrete Abschiebung bevorsteht.

185 Menschen unabhängig von ökonomischer Verwertbarkeit respektieren

"Soziale Politik für Dich" und Respekt bedeutet für
190 uns, Menschen nicht nach ihrer ökonomischen Verwertbarkeit zu unterscheiden. Olaf Scholz spricht in seinem Interview davon, dass wir bestimmte Fachkräfte brauchen, während wir andere Migration ablehnen. Menschen sind mehr als ihre Qualifikation,

195 gerade auch weil die Anerkennung ausländischer
Berufsabschlüsse oft nicht angemessen funktioniert.

Auch wenn wir die ökonomische Verwertung Ge-
flüchteter grundsätzlich ablehnen, möchten wir
200 dennoch deutlich machen, dass die aktuelle Politik
der Gewinnung von Fachkräften unterschiedlichster
Qualifikationen entgegensteht:

- Rechtspopulismus und fremdenfeindliche Politik
205 (und Stimmung in Deutschland) wird auch von Fach-
kräften im Ausland wahrgenommen. Für viele Men-
schen, die sich in Deutschland einbringen wollen,
wirkt dies abschreckend. Das konterkariert das Ziel,
Arbeitskräfte zu gewinnen.
- 210 • Vielen Menschen, die hier leben und langfristig le-
ben wollen, ist es verboten, zu arbeiten. Ihnen wird
damit die Möglichkeit der Teilhabe und Integration
verwehrt. Die falsche Hoffnung scheint es zu sein,
dass diese Menschen dadurch schneller ausreisen.
215 Gerade bei Menschen, die aus einem Land kom-
men, das sich immer noch im Bürgerkrieg befindet,
ist dies absolut unrealistisch.
- Wer Migration aus wirtschaftlicher Perspektive dis-
kutieren will, muss anerkennen: Wir brauchen nicht
220 nur Zuwanderung von Fachkräften. Alle Menschen,
die bei uns leben und arbeiten wollen, sollten wir
als Chance sehen und ihnen Ausbildungs- und Qua-
lifizierungsmöglichkeiten anbieten. Es gibt nicht nur
einen Fachkräftemangel, sondern einen generellen
225 Arbeitskräftemangel, es werden händeringend ar-
beitende Hände und Köpfe in allen Qualifikations-
stufen gesucht.

Schluss mit Rechtsruck, her mit sozialer Politik in

großem Stil

230

Der Verteilungskampf findet nicht zwischen einem nigerianischen Geflüchteten und einer deutschen Friseur-Auszubildenden statt, sondern zwischen den reichen 10% und den übrigen 90%: Wohnraum ist
235 nicht knapp, weil Geflüchtete anderen den Wohnraum wegnehmen, sondern weil sich Spekulation gegenüber Vermietung nach wie vor durchsetzt und deshalb nach wie vor enormer Leerstand in den Kommunen herrscht. Sozialer Wohnungsbau scheitert
240 an langen Planungsprozessen und an mangelnden Investitionen durch öffentliche Hand und Investoren.

Geflüchtete und andere Gruppen in vermeintlicher Konkurrenz zueinander zu sehen und gegeneinander
245 auszuspielen, verkennt die Realität der tatsächlichen Verteilungskonflikte in unserer Gesellschaft. Wer den Rechtsruck in Deutschland und Europa aufhalten will, muss dafür sorgen, dass die existenziellen Sorgen und die Abstiegsängste der ökonomischen Mitte
250 adressiert werden und die Menschen spüren, dass ein sozialdemokratischer Kanzler Soziale Politik für sie macht.

Derart weitreichende Entscheidungen lassen wir uns
255 nicht aus dem Kanzleramt diktieren

Die derzeitige SPD-geführte Regierung ist nicht der Verdienst von Olaf Scholz, sondern das Ergebnis jahrelanger harter Arbeit vieler Mitglieder unserer Partei.
260 Politische Linien und politische Kommunikation sind nicht durch das Kanzleramt vorzugeben, sondern in der Partei zu entwickeln. Wir sehen sowohl in GEAS

als auch in der Einführung von nationalen

265 Maßnahmen wie Bezahlkarten, verstärkten Grenz-
kontrollen, etc. einen fundamentalen

Kurswechsel und einen deutlichen Widerspruch zu
unseren Grundwerten. Derartige Entscheidungen
270 sind nicht in der Regierung oder im Kanzleramt zu
diskutieren. Die Partei wird sich dem entgegenstellen
und die Partei wird das nicht mittragen. Als Jusos
werden wir uns dem mit allem, was wir haben,
entgegenstellen.